

Informationsdienst der Christlich-DEMokratischen und Christlich-  
Sozialen Union Deutschlands  
Redaktion und Vertrieb: Frankfurt/H., Bettinastr. 64/Tel. 77178/77906  
Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Mil.-Reg.  
Postscheckkonto Frankfurt/Main 39967, Bankkonto Hessische Bank 125730  
Frankfurt/Main, beide unter Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschlands.

Nr. 36, 3. Jhrg. (O) Frankfurt/Main, 22.2.1949.

Seite 1

Das Wichtigste vom Tage:

### Aus der Union

Der Christlich-Soziale Volksbund, die Hilfs- und Beratungsstellen der CDU in Freiburg (i.B.), wurde im vergangenen Jahre von 2840 Personen aufgesucht. Durch 875 persönliche Rücksprachen bei Behörden und Dienststellen konnte eine befriedigende Lösung strittiger Fragen erzielt werden. 40 % aller Fälle betrafen Wohnungs- und Zugangsangelegenheiten, 30 % Angelegenheiten des Arbeitsamtes, des Wohlfahrtsamtes und der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

x

Der CDU-Landesverbandsvorsitzende von Württemberg-Baden, Simpfendorfer, erklärte, die CDU lehne die Deutsche Union ab, in der er gefährliche Parallelen zu Hitler und Goebbels sehe. Er vermutete, dass hinter der Deutschen Union Kreise stünden, die mit dem Ausland Verbindung hätten.

### Grenzlandfragen

Zur Kehler Frage erklärte Staatspräsident Wohleb (CDU), er habe die Zusage, dass Kehl deutsch bleibe, und hoffe, dass die Bevölkerung noch in diesem Jahre nach Kehl zurückkehren könne. Die Zukunft des Kehler Hafens sei jedoch noch immer ungewiss.

### Wiederaufbau

Der niedersächsische Landtag verabschiedete in zweiter Lesung ein Aufbaugesetz, demzufolge auf Anordnung der Gemeinden in erschlossenen Gemeindeteilen von bebauten Grundstücken und solchen, deren Bauwerke zerstört sind, bis zu 10 v.H. von unbebauten Grundstücken bis zu 15 v.H. und von nicht erschlossenen Gebieten bis zu 30 v.H. als Verkehrs- und Erholungsflächen in Anspruch genommen werden können.

### Kulturpolitik

Der Landtag von Rheinland-Pfalz nahm gegen die Stimmen der KPD einen Entschliessungsantrag der CDU und der DP an, in dem gegen die Verteilung des Kardinals Mindzenty Protest erhoben wird.

Aus der ArbeitsgemeinschaftTagung der Frauenarbeitsgemeinschaft  
der ODU/CSU Deutschlands  
-----

Am 19. und 20. 2. 1949 tagte in Recklinghausen in Westf. der Frauenzonenausschuss der ODU der britischen Zone in Verbindung mit der Frauenarbeitsgemeinschaft der ODU/CSU Deutschlands. Die Leitung der Tagung hatte das Mitglied des Parlamentarischen Rates, Frau Dr. Helene Weber. Der Frauenzonenausschuss wählte zur 1. Vorsitzenden Frau Dr. Helene Weber, als 2. Vorsitzende Frau Dr. Steinwisch (Bielefeld) und als dritte Vorsitzende Frl. Kesting (Hamburg). Zur Schriftführerin wurde Frl. Dr. Roos gewählt. Als 4. Vorsitzende des politischen Zonenausschusses der britischen Zone wurde Frl. Dr. Göbel (Hamburg) zu dem bereits gewählten Vorstand hinzugewählt.

Die Konferenz entwickelte sich zu einer reinen Arbeitstagung, die bei gehaltvollen Referaten und auf hoher Stufe stehenden Aussprachen zu erfreulichen Ergebnissen führte. Im Mittelpunkt stand die grosse Rede Dr. Helene Webers über die Arbeiten im Parlamentarischen Rat in Bonn, insbesondere über die Stellung der christlichen Frau zum Elternrecht und zur Frage der Gleichberechtigung.

Über Fragen der Organisation und Schulung sprachen Frau Dr. Steinwisch, Fräulein Zilliken (Dortmund) und Amtsgerichtsrat Dr. Schnalz (Köln). Die Grundzüge der organisatorischen Arbeit und der Schulung in den Frauenkreisen der ODU wurden in lebhafter Aussprache erörtert und erarbeitet.

Eine längere Aussprache galt dem Referat Frau Lang-Drumans über den Lastenausgleich. Zahlreiche Wünsche, insbesondere der Flüchtlinge und der Bombengeschädigten wurden laut. Die Hauptsorge der Frauen galt aber deutlich den zurückkehrenden Kriegsgefangenen, insbesondere den Spätheimkehrern, für deren besondere Unterstützung man sich einstimmig aussprach. Ebenso vertraten die Frauen eine besondere Berücksichtigung der Grenzgebiete der russischen Zone, die auch heute noch durch den Strom der Flüchtlinge vor neue Probleme gestellt werden.

Im Anschluss an einen Vortrag des Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Nordwestdeutschen Rundfunks, Dr. Raskop, wurden Zahlen des Rundfunks, zugleich aber auch des Presse- und Zeitschriftenwesens eingehend besprochen.

Die Tagung formulierte eine Reihe von Anträgen zu den Referaten, die dem Zonenausschuss der britischen Zone vorgelegt und im Anschluss an dessen Tagung am 25. und 26. Februar veröffentlicht werden sollen.

Die SPD sucht einen "Fall"

Es ist eine auffallende Tatsache, dass die SPD in verschiedenen Parlamenten emsig bemüht ist, "einen Fall" zu konstruieren, d.h. einen Gegensatz zur ODU zu schaffen, den sie als Ausgangspunkt für ihre demnächstige Wahlagitation benutzen könnte. So versucht die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz eine Art Kulturkampf vom Zaune zu brechen, in Südwürttemberg-Hohenzollern weigert sie sich wegen der Frage des Südweststaates, an der Regierung mitzuarbeiten. Nunmehr hat die SPD auch im Wirtschaftsrat die gleiche Taktik angewandt. Sie benutzte dazu die Zusammensetzung des Stahl-Treuhand-Gremiums, von dem der

Sprecher der SPD, Abg. Kriedemann, behauptete, dass Oberdirektor Dr. Pünder für dieses Gremium kapitalistenfreundliche und hitlerhörige Industriemagnaten in Vorschlag gebracht habe, Abg. Kriedemann hätte sich samt seiner Fraktion mit der unzweideutigen Antwort Dr. Pünders zufrieden geben können, dass er seitens des Zweimächtekontrollamtes nicht zu einer Auskunft ermächtigt sei. Statt dessen zitierte er wiederum den Namen Dr. Reuschs und versuchte damit erneut mit dem Hinweis auf eine Gefährdung des Arbeitsfriedens bewusst eine Krisenstimmung zu schaffen.

Wenige Tage zuvor hatte der SPD-Pressedienst den Vorwurf der Geheimnistuerei gegen Oberdirektor Dr. Pünder erhoben mit ebenso unrichtigen Argumenten und mit ebenso falschen Schlussfolgerungen. Angesichts dieser Tatsache kann man nur von wohl vorbereiteten Störungsunternehmen der SPD sprechen, der es ganz augenscheinlich darum geht, den Verwaltungsrat zu diffamieren, seine Arbeit in der Öffentlichkeit herabzusetzen und so gegen die CDU ein Propagandamittel zu schaffen. Mit allen Mitteln soll das Feuer der Unzufriedenheit und der Mißstimmung gegen die CDU einmassgeblich die Wirtschaftspolitik stützende Partei am Brennen gehalten werden. Im Falle des IG-Entflechtungsausschusses (FARDIP) war die Liste der acht Personen bereits am 29. November veröffentlicht und im Falle des Stahltreuhandverbandes hatte der Verwaltungsrat noch unmittelbar vor der Vollversammlung bei der Militärregierung angefragt, ob eine Bekanntgabe der 17 fraglichen Personen möglich sei. Dieses Verlangen des Verwaltungsrats wurde durch das Zweizonenkontrollamt ausdrücklich als "unerwünscht" abgelehnt. Woher Herr Kriedemann die Kenntnis bezieht, daß auch Herr Dr. Reusch auf der fraglichen Liste stehen soll, ist unklar und unbekannt. Tatsache ist, dass Herr Dr. Reusch nicht auf der Liste des Stahltreuhandverbandes steht, und dass auch hier die SPD offenbar wieder aus trüben Quellen geschöpft hat. Der Vorwurf des Abgeordneten Kriedemann war ein Stoss ins Leere. Er suchte einen "Fall" und erlebte einen Hereinfall! Es will im übrigen schlecht in den nationalistischen Ton der Hannoverschen Zentrale passen, wenn man immer wieder feststellen muss, dass man dort bereit ist, notfalls die Militärregierung gegen eine andere deutsche Partei zu Hilfe zu rufen, wenn es nur den Parteiinteressen dient, und wenn man darüber hinaus eine übergrosse Empfindlichkeit zeigt und den Vorwurf der Kollaboration mit treu-deutschem Augenaufschlag erhebt, als ein CDU-Politiker in Wahrung berechtigter Interessen in einer klärenden Aussprache sich über den Standpunkt der Militärregierung auch nur informieren wollte. Es ist eben ein Unterschied, ob man offen in Gegenwart sozialdemokratischer Politiker eine Frage an die Militärregierung richten oder ob man "an anderer Stelle" Hilfestellung für seine parteipolitische Agitation sucht.